Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DEUTSCHLAND, BERLIN
GÜNTER BRAKELMANN
Juli 2007

www.kas.de

Helmuth James Graf von Moltke und Pater Alfred Delp

Am 2. Oktober 1941 tritt die Heeresgruppe Mitte unter Generalfeldmarschall von Bock zum Angriff Richtung Moskau an. Teile der sowjetischen Armeen werden vernichtet. Die Zahl der Kriegsgefangenen erhöht sich auf 2 ½ Millionen, über 1000 Panzer und 5000 Geschütze werden vernichtet. Der Zusammenbruch der Sowjetarmee scheint besiegelt zu sein.

Hitler hält am 3. Oktober 1941 auf einer „Volkskundgebung“ im Sportpalast aus Anlaß der Eröffnung des Kriegswinterhilfswerks seine große Siegerrede. Er konstatiert:

„Ich spreche das hier heute aus, weil ich es heute sagen darf, dass dieser Gegner bereits gebrochen und sich nie mehr erheben wird.“ (Domarus 1763)

Diese Rede wird über Lautsprecher auf Berliner Straßen übertragen. Einer der Hörer ist Augustin Rösch, seit 1935 Provinzial der Oberdeutschen Provinz der Gesellschaft Jesu. Er hielt sich Anfang Oktober in Berlin auf, um über Ordensangelegenheiten bei Staats- und Parteistellen und über Militärentlassungen von Jesuiten beim Oberkommando des Heeres (OKH) und beim Oberkommando der Wehrmacht (OKW) zu verhandeln. Rösch war Mitglied des im August 1941 gegründeten „Ausschusses für Ordensangelegenheiten“ der Fuldaer Bischofskonferenz. Er hatte damals schon große Erfahrungen im Umgang mit staatlichen Behörden und vor allem mit der Gestapo.

Diese Rede Hitlers verstärkte bei Rösch die Befürchtung, dass nach einem Sieg über die Sowjetunion sich die Verfolgung der Kirche und des Christentums durch das NS-System verstärke. Während der Hitlerrede sprach Freiherr von Guttenberg den ihm aus München bekannten Jesuiten an. Dieser lud ihn ein, mit ihm zu einem Gespräch zum Grafen Helmuth von Moltke zu gehen. Guttenberg wusste, daß dieser sich bemühte, seinen Freundeskreis mit weiteren Repräsentanten des politischen und sozialen Katholizismus zu erweitern. Guttenberg, der wie Moltke bei der Abwehr arbeitete, war seit Mai 1941 mit Moltke in ständigem Kontakt.

Seit Februar 1940 hatte sich die alte Bekanntschaft aus den Tagen der Schlesischen Arbeitslager mit Hans Peters vertieft, einem leitenden Mitglied der „Katholischen Aktion“. Dieser stellte für Moltke den Kontakt mit dem Berliner Bischof Konrad Preysing her, den er am 5. September 1940 zum ersten Mal besuchte. Diesen hitlerkritischen katholischen Bischof hat der Protestant Moltke anschließend regelmäßig besucht. Nachweisbar sind 25 Besuche bis Ende 1943. Einen vergleichbaren evangelischen Partner hat er in Berlin nicht gehabt. Erst später entwickelte sich der Kontakt mit Bischof Wurm, der sich auch am 22. Oktober und 26. November 1941 mit Preysing traf. Auch für Rösch war dieser Bischof in allen kirchenpolitischen Fragen ein wichtiger Gesprächspartner. Rösch wiederum hielt mithilfe seines Mitbruders Lothar König engen Gesprächs- und Kurierkontakt zu den süddeutschen Bischöfen Faulhaber, Gröber und Dietze. Moltke kam durch Rösch in ein katholisches Kontaktnetz, durch das er wichtige Informationen über den katholischen Abwehrkampf gegen die NS-Kirchenpolitik erhielt, aber auch über die Kontroversen im katholischen deutschen Episkopat.

Die erste Begegnung mit Rösch war zehn Tage nach der Siegesrede Hitlers, am 13.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DEUTSCHLAND, BERLIN
GÜNTER BRAKELMANN

Juli 2007

www.kas.de

Oktober 1941. Rösch berichtete im Oktober 1945:

> „Ich werde die erste Begegnung nie vergessen. Moltke wohnte über einer Autogarage, hatte eine prächtige Bibliothek in seinem Zimmer, durch die Türen musste er immer gebückt gehen, weil er so übermächtig groß war, kochte uns eine Suppe, und im Zimmer machte er Tee und buk aus einem selbst gefertigten Teig Omeletts, die er mit etwas Marmelade gerade dem auf den Teller gab, der keine hatte. Nachher begann die ernstere Unterhaltung. Guttenberg sprach ihm von meiner Sorge. „Wieso Pater?“ „Ja, die Hitlerrede!“ „Ich höre nie eine an“. „Aber in der Zeitung wird sie auch heute abend sein.“ „Ich lese nie eine solche Rede in der Zeitung“. „Der Krieg ist als ganzes gewonnen und ….“ Da unterbrach er mich und sagte: „Nein, nein, das ist nicht wahr. Es ist für Deutschland furchtbar. Aber der Krieg ist für uns verloren. Wenn es nicht gelingt, mit England in absehbarer Zeit ins Reine zu kommen, dann werden wir wohl bis an die Wolga, an den Kaukasus kommen, aber nicht Petersburg und nicht Moskau erobern. Frühsommer 1942 wird der Russe mobilisiert haben, und dann kommen die Rückschläge, und wenn nicht rechtzeitig Friede mit England ist und gar Amerika dazukommt, dann wird Deutschland alles verlieren, besetzt werden und die Russen in Berlin einmarschieren. Das ist die eine Seite. Die andere ist der geplante Vernichtungskampf gegen alles Christliche. Ich möchte mit Ihnen über die kirchlichen Fragen, über die kirchliche Lage, über die Rettung des Christentums sprechen.“ Er schilderte mir, wie er die Lage im protestantischen Raum ansehe, wie dem gegenüber die katholische Kirche viel besser gestellt sei, vor allem auch durch den hl. Vater und den Gesamtepiskopat. Gerade die katholische Kirche habe jetzt und werde nach dem Krieg die allergrößten Aufgaben haben. Er möchte mit mir Fühlung haben, er komme wohl auch öfter nach München, er bitte um die einzelnen Hirtenbriefe und Predigten der Bischöfe.“ (s. Rösch, Kampf gegen den Nationalsozialismus 263f)

Am 3. Dezember 1941 kündigt Moltke in einem Brief an Freya an, daß am folgenden Tag Rösch käme: „…den ich für Pfingsten für Kreisau gewinnen will.“ Er arrangierte für den 6. Dezember ein Gespräch zwischen Rösch und Theodor Steltzer. Sie sollen „unter Beistand von Yorck und Guttenberg“ die Kreisauer Pfingsttagung vorbereiten. Vorher am 5. Dezember gingen Moltke und Steltzer zu Preysing, der in die Planungen für das Kreisauer Pfingsttreffen einbezogen wurde. Am 6. Dezember trafen sich dann Steltzer, Rösch, Yorck und Guttenberg zur weiteren Vorbereitung des Treffens.

Im Januar 1942 gingen die Vorgespräche in wechselnden Besetzungen weiter. Am 8. Januar war Moltke zum Tee bei Preysing. Am 15. Januar erzielte ein Gespräch zwischen Moltke, Steltzer, Gablentz, Guttenberg, Rösch und Yorck eine einvernehmliche Gestaltung des Pfingsttreffens, das dann vom 22. – 25. Mai stattfand.

Moltke und seine Frau hatten nach Kreisau eingeladen und sorgten für den äußeren Rahmen der Begegnung. Getagt wurde im Wohn- und Esszimmer des Berghauses in der unteren Etage, die man über eine Treppe in den Garten für Gespräche oder für kurze Gesprächspausen verlassen konnte. Für gutes Essen wie für gutes Quartier war gesorgt. Am Sonntag ging man gemeinsam nach Gräditz, wo jeder seine evangelische oder katholische Kirche aufsuchen konnte.

Gekommen waren neben den Ehepaaren Moltke und Yorck Steltzer, Rösch, Peters, Reichwein und Poelchau. Anwesend waren immer auch Moltkes Schwester Asta und Yorcks Schwester Irene. Als Themen wurden verhandelt: Kirche und Staat, Schule, Universitäten und Hochschulen.

Steltzer referierte über Staat und Kirche aus evangelischer, Rösch über Staat und Kirche aus katholischer Sicht, Peters über das Konkordat von 1933, Reichwein über Schule und Moltke über Universitäten und Hochschulen. Es gab eine Reihe von vorbereiteten Texten, die später bei König gefunden wurden. (Doss. 59ff.) Die Themen: Ziele und Vorstellungen des Kreises, Grundlage für die Besprechung vom 3. bis 6. April, Fragestellungen für das Gespräch über Staat und Kirche, Verhältnis zwischen Staat und Kirche, Lehre und Erziehung in Schule und Hochschule, zum Bildungswesen nach dem Krieg, die Arbeiterfrage-Bauerntum sowie Gedanken zur europäischen Ordnung. Diese umfangreichen Texte waren in der Zeit vor der 1. Kreisauer Tagung von verschiedenen Autoren konzipiert, an die Freunde verteilt und vordiskutiert worden.

Eine thematische Analyse dieser Texte kann den Diskussionsprozess in seinen Übereinstimmungen und Kontroversen widerspiegeln. Im Ganzen dürfte dieser Dialog eine

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DEUTSCHLAND, BERLIN
GÜNTER BRAKELMANN

Juli 2007

www.kas.de

große intellektuelle Leistung unter den Bedingungen einer konspirativen Arbeit in einem totalen Überwachungsstaat gewesen sein.

Aus dem materialreichen Stoff wählte man die oben genannten Themen für die Pfingsttagung aus. Die Konzentration auf staatskirchenrechtliche und bildungspolitische Fragen hatte auch den Grund, im Falle einer Denunzierung des Treffens vor der Polizei von einem akademischen Bildungsgespräch zwischen Freunden reden zu können.

Nach den einzelnen Vorträgen wurde über die folgenden Diskussionen ein Protokoll angefertigt, das der abschließenden Fassung einer gemeinsamen Erklärung diente, die aber erst verabschiedet wurde, wenn ein Konsens gefunden war. Unter dem 27. Mai 1942 verabschiedete man die Ergebnisse dieser 1. Kreisauer Tagung. Man begann mit „Grundsätzlichen Erklärungen“ über Kirche und Staat und über die Schule. Der erste Satz bildet so etwas wie eine Kreisauer Confessio:

> „Wir sehen im Christentum wertvollste Kräfte für die religiös-sittliche Erneuerung des Volkes, für die Überwindung von Hass und Lüge, für den Neuaufbau des Abendlandes, für das friedliche Zusammenleben der Völker.“ (Br.1, 209)

Grundsätzlich soll für das öffentliche Leben dieses gelten:

> „Gewährleistet werden die Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie die öffentliche Ausübung der christlichen Religion. Alle Geistlichen und Laien, die wegen ihrer christlichen Haltung ungerecht oder unter fadenscheinigen Gründen verhaftet worden sind, erhalten die Freiheit. Aufenthaltsbeschränkungen fallen fort. Die Freiheit für die Arbeit kirchlicher Organisationen, wie Jugend-, Gesellen- und Standesvereine, wird wiederhergestellt. Die Entfaltung religiösen Schrifttums wird wieder ermöglicht. Im gesamten Bildungswesen sowie im Film und Rundfunk erhält das christliche Gedankengut den ihm gebührenden Platz. Den Eltern steht das natürliche Recht zu, ihre Kinder nach den Grundsätzen des christlichen Glaubens und nach den Forderungen ihres eigenen Gewissens zu erziehen. Auch der Staat wird dazu beitragen, die innere und äußere Zerrissenheit der Familie zu überwinden. Der Sonntag ist von staatlichen Pflichtversammlungen frei.“ (Br.1, 210)

Dieses religions-, kirchen- und kulturpolitische Sofortprogramm nach dem Ende des Nationalsozialismus zeigt wieder einmal, dass die Kreisauer auch politische Praktiker sein wollten. Sie formulierten den konkreten inneren Umbau von einer Weltanschauungsdiktatur in einen freiheitlichen Kultur- und Rechtsstaat.

Glaubens- und Gewissensfreiheit haben dabei den ersten Rang, weil nach ihrer Erfahrung die Zerstörung der Freiheitlichkeit und Humanität eines Gemeinwesens mit der Aufhebung der Autonomie des Menschen in Fragen der Religion und des Gewissens beginnt. Erst dadurch wird der Weg frei für eine ideologische Diktatur mit einer kollektiven Gleichschaltung der Gewissen. Glaubens- und Gewissensfreiheit zu fordern bedeutete, die Weltanschauungs- und Erziehungsdiktatur des Nationalsozialismus in ihrem Kern zu treffen und aufzuheben. Diese Freiheiten bringen den ganzen Tempelbau staatlich verordneter altgermanischer Mythen und neugermanischer Utopien zum Einbruch. Sie zertrümmern die selbst gezimmerten Götter und Götzen.

Wenn die bekennenden, nicht vom Zeitgeist zerfressenen Teile der christlichen Kirchen schon in der Hitler-Zeit das entscheidende Bollwerk gegen die totalitären Forderungen der NS-Politik gewesen sind, indem sie in der Tradition eines christlichen Menschenverständnisses und eines christlichen Staatsverständnisses geblieben sind, so werden sie erst recht nach dem Zusammenbruch zu den Kräften und Institutionen eines Neuanfangs gehören – so die Argumentation. Gelernt hatten die Frauen und Männer in der Opposition oder im Widerstand, den engen Zusammenhang zwischen der Freiheit der Kirche und der Freiheit der Menschen zu sehen. Zerstört man die Eigenständigkeit der Institution Kirche, verhindert man ihre Verkündigung und ihre pädagogische und seelsorgerliche Praxis, und zerschlägt man ihre Diakonie, so gibt es in der Gesellschaft kein nennenswertes Hindernis mehr, den Weg in ein totalitäres System anzutreten. Faktisch hatten sich die Kirchen – bei aller möglichen Kritik an ihrem Verhalten im Einzelnen – im Ganzen als die widerständigste Institution gegen ein neu-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DEUTSCHLAND, BERLIN
GÜNTER BRAKELMANN

Juli 2007

www.kas.de

heidnisches System erwiesen. Es dürfte deshalb kein Zufall gewesen sein, dass der Widerstand zentral von einzelnen Christen und von christlich bestimmten Gruppen ausgegangen ist.

Die Kreisauer haben diese Zusammenhänge gekannt. Deshalb war es für sie eine politische Folgerichtigkeit, dass das Christentum und die Kirchen in einem neuen freiheitlichen Gemeinwesen die Möglichkeit bekommen sollten, ihre Potenziale in die Gesellschaft und für den Staat einzubringen. Das hatte für sie nichts mit klerikalem Herrschaftsanspruch oder mit der Restitution eines christlichen Staats zu tun. Kirchen sind für sie die Orte, in denen sich Menschen zum Hören auf die biblische Botschaft versammeln, in denen sich Gewissen im Hören auf die Gebote Gottes bilden und in denen geschwisterliches Verhalten und Dienst an den Schwachen und Benachteiligten eingeübt wird. Menschen, die diese Menschwerdung erlebt haben, die von dieser ihrer religiösen Entscheidung und Sozialisation her denken und handeln, übernehmen wie von selbst im politischen Umfeld Mitverantwortung für Mitmenschlichkeit und gute Ordnung. In diesem Denken werden Kirche und Welt klar unterschieden, um ihre Bezogenheit aufeinander unmissverständlich zum Ausdruck bringen zu können. Der Mensch der Kirche wird Mensch für die Welt, der Christ übernimmt konkrete Mitverantwortung für ein freiheitliches und soziales Gemeinwesen. Diese Bezogenheit von Kirche und Welt, von christlicher und weltlicher Existenz war die Antwort der Kreisauer auf kirchlich-fromme Exklusivität und auf einen weltlosen Glauben der Christen. Christliches Selbstverständnis existenziell in weltlicher Säkularität zu bewähren, christliche Motive und Werte in die Sachprobleme einzubringen – das war ihr Modell.

Wie die autonome, d. h. staatsfreie und sich selbst verwaltende Kirche ihre Rechtsbeziehungen regelt, sollte später entwickelt werden. Aber etliches war jetzt schon im Prinzip klar: die Freiheit aller kirchlichen Organisationen auf ihren Arbeitsgebieten, die Teilhabe im Bildungssystem wie im Filmwesen und Rundfunk und vor allem die Geltung des Elternrechts.

Es war konsequent, nach dem Komplex der Glaubens- und Gewissensfreiheit und den Aufgaben der Kirche die Probleme einer neuen Schule zu skizzieren. Die Ausführungen zu diesem Thema sind äußerst prägnant und dokumentieren den Einfluss des Reformpädagogen Reichwein:

> „Die Erziehungsarbeit, die die Schule gemeinsam mit Familie und Kirche zu leisten hat, bestimmt die künftige Stellung des Menschen zu Gott und seine tätige Mitgliedschaft in den lebendigen, natürlichen Gemeinschaften: Familie, Beruf und Volk, Gemeinde, Staat und Kirche. Die Schule soll das Recht des Kindes auf eine ihm gemäße Erziehung verwirklichen. Sie soll seine sittlichen Kräfte wecken und stärken. Tätiges Lernen formt den Charakter für das spätere Leben. Das Kind soll jenes Maß an Wissen und Können erwerben, das dem geforderten Leistungsbild seiner Altersstufe entspricht.
>
> Die Charaktererziehung bildet einen anständigen Menschen religiöser Grundhaltung, der gute Sitte und Rechtlichkeit, Wahrheit und Aufrichtigkeit, Nächstenliebe und Treue vor seinem Gewissen zur Richtschnur des Handelns zu machen imstande ist. Der so erzogene Mensch wird die Reife besitzen, selbstverantwortliche Entscheidungen zu treffen. Lernen dient der sittlichen Bildung der Persönlichkeit und der Vorbereitung auf das praktische Leben.“ (Br.1, 210)

Schule, Familie und Kirche haben eine gemeinsame Erziehungsaufgabe: eine religiöse Bindung der Kinder und ihre Einübung in tätige Mitverantwortung für die sie umgebenden Gemeinschaften und Institutionen. Das Kind begegnet seiner Umwelt in konzentrischen Kreisen nach dem Prinzip vom Kleinen zum Großen, vom Nahen zum Fernen. Es erlebt die Umwelt in organischer Entwicklung als Bezogenheiten von Verschiedenem. Auf diese unterschiedlichen Ebenen in der einen Wirklichkeit des Lebens ist das Kind, das ein Recht auf eine ihm gemäße Erziehung hat, in der Schule pädagogisch vorzubereiten.

Dieser Ansatz beim Kind als einem Wesen, das ein Recht auf Erziehung hat, bedeutet, dass die Schule einen Dienstauftrag in der Formung dieses Kindes zur personalen Selbstständigkeit hat. Es ist das Gegenteil der Praxis einer Erziehungsdiktatur, die schon die Kinder zu gehorsamen Werkzeugen ihnen übergeordneter Werte und Ziele machen will. Diese funktionale Erziehung

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DEUTSCHLAND, BERLIN
GÜNTER BRAKELMANN

Juli 2007

www.kas.de

auf ein nützliches Glied in der Volksgemeinschaft hin bedeutet die frühe Eingliederung des Kindes in kollektive Lebensformen, die rücksichtslos gegenüber individuellen Eigenarten von Kindern sind. Diese Erziehung aller nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam endet im gemeinsamen Marschieren, im vormilitärischen Geländesport und im Singen von Kampfliedern. Dieses ganze Gebäude einer Erziehung in der Logik eines schon die Kindererziehung bestimmenden Totalanspruchs des Staats auf Menschen jeden Alters bricht in sich zusammen, wenn das Erziehungsziel anders bestimmt und der Erziehungsstil ein anderer wird. Wie die Rückbesinnung auf Grund- und Menschenrechte, die der Einzelne als vorstaatliche Rechte hat, das Ende jeder Staatsomnipotenz ist, so ist die Rückbesinnung auf das Elternrecht und auf das Recht des Kindes auf eine ihm gemäße Erziehung das Ende jeder totalitär angelegten Erziehungsmaschinerie. Deshalb ist für die Kreisauer der Gegenentwurf eines neuen Erziehungsverständnisses und einer neuen Schulorganisation von fundamentaler Bedeutung für eine „neue Zeit“. Als Methode wird das Prinzip des tätigen Lernens formuliert, ohne sie inhaltlich an dieser Stelle auszuführen. Im Sinne von Reichwein wird man an das Modell einer Arbeitsschule mit den Elementen der Selbsttätigkeit und Kommunikation im Unterricht und der Schule als Erprobungsstätte der Jugend gedacht haben.

Wenn neben dem Erwerb von Wissen und Können die Charaktererziehung im Zentrum des Entwurfs stand, so ist damit nicht eine Minderbewertung des notwendigen Sachwissens gemeint, sondern gezielt war auf eine doppelte Aufgabenbestimmung in der Schulerziehung: die Vermittlung von Sachwissen, immer verschränkt mit der Bildung einer sittlichen Persönlichkeit, welche die Fähigkeit hat, eigenverantwortlich Entscheidungen zu treffen. Der angeführte Verhaltens- und Tugendkatalog (Rechtlichkeit, Wahrheit und Aufrichtigkeit, Nächstenliebe, Gewissenstreue) scheint zunächst ein altes Ethos abzurufen, wird aber sofort dynamisiert, wenn bedacht wird, in welcher Situation er formuliert wird: Das Rechtsdenken und die Rechtspraxis waren der Willkür ideologisch gesteuerter Entscheidungen und Urteile unterworfen worden, Wahrheit war eine beliebig je nach Situation und Interessen formulierte Ware geworden, die den Einzelnen zu Anpassungen und Verleugnungen zwang, Nächstenliebe war ihres universalen Charakters beraubt und durch ethnozentrische Denk- und Handlungsweisen ersetzt, Gewissen als persönliche Letztinstanz für konkrete Entscheidungen in Konfliktsituationen war durch weltanschaulich geleitete Eindeutigkeiten, die auf absoluten Gehorsam zielten, usurpiert worden.

Gegen den Kranz dieser individuellen und öffentlichen moralischen Verformungen richtete sich das neue Schulverständnis. Aber die neuen, in der Tat von alters her bekannten sittlichen Erziehungsziele haben als Grundlage eine „religiöse Grundhaltung“. Sie wird verstanden als eine bewusste personale Bindung an die Gebote Gottes und als ein persönliches Sichsagenlassen der Botschaft des Evangeliums.

Ohne diese religiösen Fundamente waren für die Kreisauer moralische Forderungen formale Prinzipien, die sich durch angewandte Macht des herrschenden Zeitgeistes interpretieren und manipulieren ließen. Dann entbanden sie nicht mehr ein Widerstandspotenzial aus Gewissensgründen, das es nur gab, wenn der Grund und die Begründung des Denkens und Handelns in den normativen Geboten des Schöpfergottes und in den menschenfreundlichen Angeboten des Evangeliums von und über den Christus Gottes lagen. Deshalb konnte die Erziehung nur eine religiöse sein. Die Begründung der Ethik und die Einübung eines praktischen Ethos konnten nicht an ein beliebiges säkularistisches Denken und Handeln delegiert werden, das sich erfahrungsgemäß sehr schnell in den Dienst politischer Erlösungsmythen oder ideologischer Weltanschauungsentwürfe stellen lässt. Eine bewusst religiöse Erziehung kann und soll sich als Widerpart aller nur denkbaren selbstmächtigen politischen und ideologischen Großentwürfe einer entwurzelten Moderne erweisen.

Dass die Kreisauer sich so intensiv mit der neuen Schule nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus beschäftigt und ihr

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DEUTSCHLAND, BERLIN
GÜNTER BRAKELMANN

Juli 2007

www.kas.de

diesen hohen Rang beim geistigen Neuaufbau gegeben haben, hat zum Hintergrund, dass es ihnen nicht nur um ein baldiges Ende des NS-Systems ging, sondern gleichzeitig um einen Widerstand gegen eine kulturelle und politische Welt, die sich von Religion und Christentum bewusst emanzipiert hatte. Das bedeutete nicht die programmatische Rückkehr zu einem christlichen Staat oder zu einer christlichen Gesellschaft, aber das Ziel war, möglichst viele Bürger von der Notwendigkeit einer religiösen Grundhaltung zu überzeugen, um sich dann in christlicher Gewissensbindung für die Lösung weltlicher Probleme einzusetzen. Christsein im säkularen Umfeld zu bewähren – das war ihr Modell. Es ging ihnen um humane und vernünftige Säkularität als Konsequenz christlichen Glaubens und christlicher Ethik. Dieses Modell früh einzuüben, sollte Aufgabe der Schule sein. Nur deshalb formulierten sie:

> „Die staatliche Schule ist eine christliche Schule mit Religionsunterricht beider Konfessionen als Pflichtfach. Der Unterricht wird im Auftrage der Kirchen nach Möglichkeit durch Geistliche ausgeübt.“ (Br.1, 211)

In der nationalsozialistischen Schulpolitik war der Religionsunterricht entweder an den Rand gedrängt oder aus dem Unterrichtskanon ganz herausgenommen worden. Die Kreisauer haben viel diskutiert, ob der Religionsunterricht wieder Pflichtfach werden oder ganz in den Aufgabenbereich der Kirchen vor Ort fallen sollte. Sie entschieden sich für die Zwischenlösung: Religionsunterricht ja, aber durch Geistliche erteilt. Aber ihnen war auch klar: Eine „christliche Schule“ ist nicht schon „christlich“, wenn in Randstunden Religionsunterricht gegeben wird. Die Frage blieb, aus welchem Geist heraus etwa Geschichte, Deutsch, Gemeinschaftskunde, Biologie, Philosophie, Sprachunterricht oder was auch immer unterrichtet werden sollen. In diese Fächer war der nationalsozialistische Geist voll eingedrungen, und es gab keine Schul- und Lehrbücher, die nicht in der festen Klammer der NS-Weltanschauung gestanden haben. Für die Zukunft ging es jetzt um die neue Formung eines Grundverständnisses von Kultur und Geschichte, um das Verhältnis von Natur- und Geisteswissenschaften, um die Rolle aufgeklärter Philosophie für moderne Staatlichkeit und um die Aufgabe moderner Literatur für das geistige Klima in der Gesellschaft. Das alles aber könne nicht dargestellt werden ohne den durchlaufenden Bezug zur Religions- und Christentumsgeschichte als einem entscheidenden Teil der europäischen Kultur- und Politikgeschichte. Neue Lehrbücher müssten deshalb konzipiert und herausgegeben werden. So müsste zum Beispiel ein neues Geschichtsbuch erstellt werden. Solange es nicht da sei, sollten die alten Geschichtsbücher verboten werden.

In der Logik eines ganzheitlichen Verständnisses der aufeinander zu beziehenden Fächer wird die Frage nach der Lehrerausbildung und Lehrerfortbildung entscheidend für das Gelingen des neuen Schulverständnisses. Im Blick auf die amtierenden beamteten Lehrer wussten die Kreisauer, dass ein großer Teil von ihnen willfährige Exekutoren der NS-Schulpolitik waren. Ihre „Entnazifizierung“ würde ein Sonderproblem bilden. Mittel- und langfristig müsse ein neues universitäres Ausbildungskonzept entwickelt werden, das die bisherigen Strukturfehler aufzuheben habe. Sie machten einen radikalen Vorschlag: die Aufgliederung der bisherigen Universitäten in Hochschulen und Reichsuniversitäten. Es hieß:

> „Den Hochschulen obliegt die fachliche Ausbildung für jene Berufe, die eine abgeschlossene höhere Schulbildung und eine gründliche wissenschaftliche Durchbildung erfordern. Die Reichsuniversitäten sind Stätten universell gerichteter Forschung und Lehre. Sie sind der oberste Hort wissenschaftlicher Bildung und setzen den fachlich bewährten Studenten und die geistig hervorragende Persönlichkeit als Forscher und Lehrer voraus. Lehraufgabe der Universität ist die wissenschaftliche Schulung und Bildung derjenigen Träger öffentlicher Dienste, denen leitende Befugnisse und damit höchste Verantwortung zukommen.“ (Br.1, 211)

Die Hochschulen sind in diesem Konzept die Bildungs- und Ausbildungsstätten für einen qualifizierten Nachwuchs in öffentlichen Ämtern. An die Reichsuniversität sollen nur Studenten kommen, die das Reifezeugnis eines humanistischen Gymnasiums und ein abgeschlossenes Hochschulstudium haben. Ihre Verfassung baut „auf weitgehende Autonomie und Selbstverwaltung“ auf. Der Lehrkörper soll aus Forschern bestehen,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DEUTSCHLAND, BERLIN
GÜNTER BRAKELMANN

Juli 2007

www.kas.de

> „die fachwissenschaftliche Bewährung mit universeller Sicht verbinden. Die Spezialisierung bestimmt die Form aller wissenschaftlichen Arbeit; ein Gesamtbild der Wissenschaft setzt die gemeinschaftliche Leistung führender Männer aller klassischen Fakultäten voraus.“ (Br.1, 211)

Und es soll gelten:

> „Die Lebensform der Universität als einer Forschungs-, Lehr- und Lerngemeinschaft verlangt möglichst geschlossene Wohn- und Lebensverhältnisse, in denen Arbeitsstätte und Wohnbezirk sich eng durchdringen.“ (Br.1, 211f.)

Offen blieb, ob die Lehrerbildung in die Hochschulen oder in Fachschulen kommen sollte. Die Ausbildung des theologischen Nachwuchses soll auf den Hochschulen den Kirchen obliegen.

Hinter der Zweiteilung des akademischen Studiums steht die Erfahrung, dass die klassische Universität mit ihren beiden Aufgaben der Forschung und Lehre in der Regel überfordert war. Die Hochschulen sollen sich konzentrieren, auf wissenschaftlicher Grundlage Studenten für die berufliche Praxis auszubilden. Sie haben vorrangig berufs- und praxisorientiert zu arbeiten und wissenschaftliche Ergebnisse zu vermitteln. Die eigentlichen Forschungsstätten sollen Reichsuniversitäten sein, in denen Studenten im engen Kontakt mit ihren Lehrern an der Forschung unmittelbar teilnehmen. Sie sind die eigentliche wissenschaftliche Nachwuchsschmiede, die durch einen engen Kontakt der einzelnen Fakultäten miteinander an einem „Gesamtbild der Wissenschaft“ arbeiten soll.

Es wäre nicht in der Logik des Denkens der Kreisauer, hier eine Abwertung der Hochschule vor der Universität zu sehen. Es dürfte eine Arbeitsteilung im akademischen Gesamtbetrieb gemeint sein, die der höheren Qualifizierung beider Teilsysteme zugute kommen soll. Im Ganzen geht es um die Heranbildung einer zukünftigen Leistungs- und Verantwortungselite für Gesellschaft und Staat. Dass es in der Praxis eines funktionierenden Gemeinwesens ohne diese Elite nicht geht, war gemeinsame Auffassung der Kreisauer. Vor allem nach der jahrelangen Dominanz der „braunen Elite“, die nach anderen Kriterien als denen der Leistung und Verantwortung zusammengesetzt war, mussten die Voraussetzungen für die Bildung einer neuen verantwortlichen Führungsschicht schnell geschaffen werden.

Am Anfang dieser ersten Kreisauer Erklärung steht der Dank an zwei Bischöfe Wurm und Preysing, die sich bereit erklärt hatten, „für eine einheitliche Regelung aller die Gestaltung des öffentlichen Lebens betreffenden gemeinsamen Fragen der christlichen Weltanschauung“ zusammenzuarbeiten. (Br.1, 209f.) Vorgeschlagen wird, dass der kommende Reichskanzler und der für die Verwaltung zuständige Innenminister die Verhandlungspartner für die beiden Bischöfe sein sollten. Hier wird wieder die Intention der Kreisauer deutlich, die großen Kirchen in der Zukunft für ein gemeinsames Vorgehen in staatskirchenrechtlichen Fragen zu bewegen. Im NS-System selbst hatten sie sich zu keiner gemeinsamen Abwehrfront durchringen können. Die kirchlichen Interessenlagen und vor allem die Behandlung der Kirchen durch das NS-System waren zu verschieden, um so etwas wie Solidarität füreinander zu entwickeln. Man kämpfte – bis auf wenige Ausnahmen – jeweils für die eigene Sache. Auch in der Zeit der Bedrängung und der Versuche der Ausschaltung der Kirchen als öffentlicher Faktoren hatte sich kein besonderes ökumenisches Bewusstsein entwickeln können. Die alten konfessionellen Gräben konnten nicht eingeebnet werden. Aber der Kreisauer Freundeskreis hatte gezeigt, dass es außerhalb der Kirchenhierarchien Protestanten und Katholiken gab, die ihre Gemeinsamkeiten in der christlichen Lehre und in der praktischen Ethik entdecken und brüderlich politisch und ordnungspolitisch zusammenarbeiten konnten. Diese Erfahrungen führten zu einer Überlegung, die es so in der deutschen Kirchengeschichte noch nie gegeben hat:

> „Eine ‚Deutsche Christenschaft’ wird zur Erwägung vorgeschlagen, der alle Christen ohne Rücksicht auf ihr Bekenntnis angehören und die die Berücksichtigung der christlichen Gesichtspunkte in allem, auch den lokal zu erledigenden Angelegenheiten mit staatlichem Einschlag sicherstellen soll.“ (Br.1, 212)

Warum sollte auf größerer Ebene nicht möglich sein, was sich im kleineren Kreis als

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DEUTSCHLAND, BERLIN
GÜNTER BRAKELMANN

Juli 2007

www.kas.de

gangbar und fruchtbar erwiesen hatte? Gedacht ist an eine politisch-praktische Ökumene, die ihre gemeinchristlichen Anliegen zur Neugestaltung eines freiheitlichen Gemeinwesens in die kommende Verfassungsdiskussion einbringt.

Es hat für diese Kreisauer Erklärung viele Vorentwürfe von verschiedenen Freunden und Mitstreitern gegeben. Diese Vorarbeiten sind nach der Diskussion und der verabschiedeten Fassung der Erklärung fast alle vernichtet worden. Erhalten geblieben sind die Ausarbeitung von Steltzer über „Fragestellungen für das Gespräch über Staat und Kirche“ und ein weiterer, namentlich nicht gezeichneter Entwurf über das „Verhältnis von Staat und Kirche“. Dazu kommen eine Ausarbeitung, die von Reichwein sein könnte, über „Lehre und Erziehung in Schule und Hochschule“ und ein weiteres Diskussionspapier „Zum Bildungswesen nach dem Krieg“. (Doss. 88ff.)

Alle Dokumente spiegeln die verhandelten Diskussionskomplexe wider. Sie zeigen auch, wie kontrovers es in den Vorgesprächen zugegangen ist. Die Schlussfassung der Erklärung hat den Charakter eines Kompromisses, aber nicht den eines „Formelkompromisses“, sondern eines für alle zumutbaren Verständigungskompromisses als Grundlage für gemeinsames perspektivisches Handeln in der Zukunft.

Vor und nach der 1. Kreisauer Tagung hat Moltke den Kontakt mit Preysing ausgebaut. Nach seinem ersten Besuch hatte Moltke an Freya geschrieben:

> „Gestern der Nachmittag mit Preysing war sehr befriedigend. Mir schien, er war auch befriedigt. Die 2½ Stunden vergingen rasch, und wir hatten ein großes Gebiet der menschlichen Beziehungen berührt oder gestreift. Jedenfalls hat er mich glühend aufgefordert wiederzukommen, und das will ich jetzt in regelmäßigen Abständen von etwa drei Wochen tun.“ (MB 281)

Im gleichen Brief berichtete er, dass er der Bekannten Ulla Oldenbourg die drei Predigten des Bischofs von Münster Clemens August Graf von Galen vorgelesen habe. Er wolle sie auch für Freya und andere kopieren. Er lobte den „Schwung“ der Predigten. Und dann hieß es:

> „Ich befragte P(reysing) nach Galen. Er versicherte mir, das sei ein ganz durchschnittlicher Zeitgenosse von durchaus beschränkten Geistesgaben, der daher bis in die jüngste Zeit hinein nicht gesehen habe, wohin die Reise geht und darum immer zum Paktieren geneigt habe. Umso eindrucksvoller ist es, dass ihn jetzt der heilige Geist erleuchtet hat und erfüllt. Wie viel bedeutsamer ist dieses Zeichen, als wenn es sich um einen überzeugend klugen Mann gehandelt hätte.“ (MB 281)

Moltke hat die Predigten von Galen gegen die Euthanasie vervielfältigt und verbreitet. Und er hatte das Ohr eines hohen katholischen Kirchenmannes bekommen, mit dem ihn bald ein tiefes Vertrauensverhältnis verbinden sollte. Einen vergleichbaren evangelischen Kirchenmann hat er in Berlin nicht gekannt. Am 13. November ging Moltke mit Peters zu Preysing. Er berichtete:

> „Peters hatte ein Opus über die Kirchenfrage verfasst, was uns beiden nicht voll gefiel. Das war der eine Gesprächsgegenstand …, die Judenverfolgung der dritte; er hatte am Morgen gerade Juden gefirmt, die am Abend nach Litzmannstadt abtransportiert werden sollten; das sei wohl seine schönste Firmung gewesen; sie bekommen dort ¼ unserer Lebensmittelrationen. – Sein Dompropst (von St. Hedwig) ist wegen Heimtücke angeklagt, weil er für die Juden gebetet hat, und die Nachricht über seine Vernehmung kam gerade.“ (MB 319)

Moltke zitierte aus den Vernehmungen des Dompropstes Bernhard Lichtenberg einige erregende Passagen:

Auf die Frage „Wie stehen Sie zum Führer?“ sagte dieser: „Er ist nicht mein Führer, das ist er nur für PG’s und in seiner Funktion als Parteichef. Ich bin aber nicht Mitglied und kenne nur einen Führer Jesum Christum …“

Die Antwort: „Wenn Sie sich nicht ändern, werden wir Sie zu Ihren lieben Juden nach Litzmannstadt schicken.“ „Gerade darum wollte ich bitten, denn was könnte es für einen alten Geistlichen Schöneres geben, als diesen zum Tod geweihten jüdischen Christen beizustehen.“ (MB 319f.)

Moltke bekam einen genaueren Einblick in den Abwehrkampf einiger katholischer Bischöfe gegen den Nationalsozialismus als Weltanschauung und gegen die nationalsozialistische Kirchenpolitik. Am 10. Dezember zog er mit Steltzer zu Preysing, musste aber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DEUTSCHLAND, BERLIN
GÜNTER BRAKELMANN

Juli 2007

www.kas.de

notieren: „Leider ging es zwischen P. und St. nicht so gut, wie ich gedacht hatte. Beide hatten wohl, angeregt durch meine Beschreibungen, mehr voneinander erwartet, als sie in einer ersten Unterhaltung finden konnten." (MB 334)

Am Nachmittag des 12. Januar 1942 wiederholten Moltke und Steltzer den Besuch bei Preysing. Am Abend kamen Steltzer, Rösch, Gablentz und Yorck zu Moltke, am nächsten Tag Yorck, Haeften, Guttenberg; Schulenburg, Mierendorff und Reichwein. Natürlich berichtete er über die Besuche bei Preysing. Eine neue Gesprächsebene wurde in den Freundeskreis eingezogen. Allen war klar: ohne einen politischen und sozialen Reformkatholizismus gibt es keine Neuordnung Deutschlands. Rösch und später König waren es, der seinerseits den Kontakt mit dem Berliner Bischof hielten, der dadurch bestens wie kaum ein anderer außerhalb des Kreises über die Diskussionen im Freundeskreis informiert blieb und indirekt an ihnen teilnahm.

Je näher die Pfingsttagung rückte, umso häufiger war Moltke bei „Conrad". Kurz hintereinander war er am 5., 6. und 8. Mai 1942 in der Behrenstraße 66.

Am 8. Mai tauchte bei Moltke am Morgen ein neuer Mann aus München auf: Der Jesuit Lothar König, ein enger Mitarbeiter von Rösch, der Kurierdienste erledigte, später der wichtigste Verbindungsmann zwischen den Münchenern und den Kreisauern in Berlin wurde und auch engsten Kontakt zu Preysing hielt. Am Nachmittag war Moltke wieder bei Preysing:

> „Mit ihm habe ich bis 8 Uhr über die Bedeutung von Hirtenbriefen und Predigten, über den möglichen Inhalt von Hirtenbriefen und die Sprache der Hirtenbriefe gesprochen. Ich hatte den Eindruck, dass wir in dieser Besprechung doch ein gut Teil vorangekommen waren. P. war sichtlich befriedigt und ich auch. Er will jetzt einen neuen machen, und ich bin gespannt, ob sich das Ergebnis dieser Unterhaltung darin wiederfinden lässt." (MB 370)

Moltke kannte eine Reihe von Hirtenbriefen von Preysing, in denen er Stellung bezogen hatte zu aktuellen und grundsätzlichen Fragen der kirchlichen Aufgaben in der Gegenwart. Er kannte den Hirtenbrief vom 13. Februar 1938, ferner die Information des Deutschen Episkopats durch den Bischof von Berlin über die Lage der Katholisch-Kirchlichen Presse im Sommer 1938, das Schreiben an den Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda vom 29. August 1938, den langen Beschwerdebrief über die Behauptungen des „Schwarzen Korps", die Hirtenbriefe vom 3. Mai 1939 und vom 8. September 1941 und die Predigt über die Heiligkeit jeden Lebens vom 2. November 1941. Diese bischöflichen Äußerungen waren bis Mai 1942 erschienen. Später kamen im Jahr 1942 die Predigten über christliche Rechtsauffassung vom 28. Juni und vom 15. November 1942 (Totensonntag) über das Recht aller Menschen auf Leben und Liebe hinzu.

Für Moltke bedeuteten diese Zeugnisse eines klugen Bischofs, der sich als Jurist einer disziplinierten Sprache bediente, einen völlig neuen Einblick in die Denk- und Sprachformen der katholischen Kirche. Worauf Moltke von Anfang an bei Preysing drängte, war, sich noch deutlicher und konsequenter in seinen öffentlichen Verlautbarungen zu äußern. Als später von Juli 1942 an der Jesuit Delp als Gesprächspartner hinzukam, übte sich Moltke immer mehr im Dialog mit katholischen Theologen.

Ganz wichtig wurden die Gespräche über die katholische Soziallehre. Moltke selbst hatte schon am 2. September 1939, also einen Tag nach Kriegsbeginn, in den Sozialenzykliken von Leo XIII „Rerum novarum" von 1891 und von Pius XI „Quadragesimo anno" von 1931 gelesen. (MB 61)

Jetzt am Abend nach dem Gespräch mit Preysing am 8. Mai 1942 saßen Einsiedel, Trotha und ein „Mann von Rösch" bei Moltke, der zunächst über die Gespräche der Jesuiten mit Preysing informiert werden wollte. Dann aber sprach man über „eine der Hauptfragen aus Rom": „Was kann man zur Frage der Wirtschaftsordnung sagen?" (MB 370f.) Alle drei diskutierten über diese Frage. Einsiedel und Trotha konnten über ihre bisherigen wirtschaftsethischen und wirtschaftspolitischen Entwürfe „Zu Fragen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DEUTSCHLAND, BERLIN
GÜNTER BRAKELMANN

Juli 2007

www.kas.de

der Wirtschaftspolitik“ und „Die Gestaltungsaufgaben in der Wirtschaft“ und über die Ergebnisse der Besprechung vom 3. bis 6. April, an der auch Rösch teilgenommen hatte, berichten. Die Fragen nach dem Verhältnis zur katholischen Soziallehre ergaben sich von selbst. Dieses Abendgespräch sollte der Auftakt sein zu den vielen Diskussionen über Wirtschaftsethik und Wirtschaftsordnung, später vor allem mit dem Sozialexperten Delp, aber auch weiterhin mit König. Rösch tritt dann etwas zurück.

Als dann vom 22. bis 25. Mai 1942 die Pfingsttagung der Freunde in Kreisau stattfand, waren die Protestanten unter den Kreisauern auf die Aussprache mit ihren katholischen Freunden vorbereitet. Und die Katholiken unter den Kreisauern hatten gelernt, mit reformatorischen Traditionen und sozialdemokratischen Positionen umzugehen.

– Man könnte die Phasen des Dialogs in den nächsten Monaten rekonstruieren, um zu zeigen, dass der „Münchener Kreis“ des Kreisauer Kreises für Moltke einen ähnlichen Rang einzunehmen begann wie der Dauerdialog mit den sozialdemokratischen Freunden. Aufgezeigt werden könnten die vielen Bemühungen der Kreisauer, jeweils einen evangelischen und katholischen Bischof zu gewinnen, nach einem Staatsstreich eine kirchliche Verlautbarung im Rundfunk zu verlesen. Nachgezeichnet werden müsste die Tatsache, dass die katholischen Bischöfe Preysing, Gröber, Dietz und Faulhaber kontinuierlich durch die Jesuiten über die Kreisauer Programmatik nicht nur unterrichtet wurden, sondern die Kreisauer ihre Einwände berücksichtigten. Ferner müsste berichtet werden, wie Moltke mithilfe der Münchener Freunde versucht hat, für Süddeutschland und Österreich Landesverweser zu gewinnen. Ferner, dass die Jesuiten wie auch Moltke, Steltzer und Mierendorff in München Gespräche mit dem sog. Sperrkreis geführt haben.

Von größter innerer Dramatik dürfte es sein, daß Moltke nicht nur die Hirtenworte von Preysing, sondern auch die des Deutschen Episkopats und vor allem die päpstlichen Verlautbarungen zum Kriegsgeschehen und zum Friedensproblem gekannt hat und ihre personalethischen und ordnungsethischen Positionen weithin rezipieren konnte. Besonders geschätzt hat er die Weihnachtsansprache 1943 von Papst Pius XII.

Zusammengeführt hat Moltke mithilfe von Eugen Gerstenmaier Bischof Theophil Wurm und Bischof Preysing. Aus diesen Kontakten heraus kam es zu einer einmaligen Aktion in der Kirchengeschichte der NS-Zeit: am 10. Dezember 1941 überreichten Bischof Wurm und Bischof Wienken getrennte, aber inhaltlich nahe stehende Denkschriften in der Reichskanzlei. -

Dieses und vieles andere wäre zu entfalten. Aus zeitlichen Gründen sei nun die besondere Nähe zwischen den Jesuiten im Kreisauer Kreis und Moltke exemplarisch behandelt anhand der „Grundsätze für die Neuordnung“ vom 9. August 1943. Sie fassen noch einmal zusammen, was die Kreisauer gedacht und gewollt haben.

In der Präambel der Grundsätze steht:

> „Die Regierung des Deutschen Reiches sieht im Christentum die Grundlage für die sittliche und religiöse Erneuerung unseres Volkes, für die Überwindung von Hass und Lüge, für den Neuaufbau der europäischen Völkergemeinschaft.
>
> Der Ausgangspunkt liegt in der verpflichtenden Besinnung des Menschen auf die göttliche Ordnung, die sein inneres und äußeres Dasein trägt. Erst wenn es gelingt, diese Ordnung zum Maßstab der Beziehungen zwischen Menschen und Völkern zu machen, kann die Zerrüttung unserer Zeit überwunden und ein echter Friedenszustand geschaffen werden.
>
> Die innere Neuordnung des Reiches ist die Grundlage zur Durchsetzung eines gerechten und dauerhaften Friedens.
>
> Im Zusammenbruch bindungslos gewordener, ausschließlich auf die Herrschaft der Technik gegründeter Machtgestaltung steht vor allem die europäische Menschheit vor dieser Aufgabe. Der Weg zu ihrer Lösung liegt offen in der entschlossenen und tatkräftigen Verwirklichung christlichen Lebensgutes.“ (Br.1, 307)

Es geht um „Grundsätze“ im Sinne von normativen, handlungsleitenden Kriterien,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DEUTSCHLAND, BERLIN
GÜNTER BRAKELMANN

Juli 2007

www.kas.de

die bei der konkreten Gestaltung neuer Ordnungen anzuwenden sind. Sie formulieren noch einmal, was die Kreisauer von Anfang an getrieben hat: eine „Neuordnung", nicht nur eine verbesserte Wiederherstellung von Ordnungen und Zuständen früherer Zeiten. Man zielt auf eine fundamentale Neuordnung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft nach den Erfahrungen im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und vor allem in der NS-Zeit. Deshalb gibt es bei den Kreisauern nicht die Spur deutschnationaler Sehnsüchte nach einem verbesserten Obrigkeitsstaat, aber auch geht es ihnen nicht um die Restitution der Weimarer Parteiendemokratie. Letztere hatte aus ihrer Sicht ihren schuldhaften Anteil am Aufkommen und am schließlichen Sieg des Nationalsozialismus wie am Stärkerwerden der anderen totalitären Alternative, dem Kommunismus. Nach der geistig-politischen Katastrophe des NS-Systems soll es um einen umfassenden Neuaufbruch in eine andere Epoche mit anderer Moral und Ethik wie mit anderen Ordnungsformen gehen. Der Sieg des Nationalsozialismus mit seiner materialistisch-biologistischen Weltanschauung, mit seinem Organisationsprinzip nach dem Schema von Befehl und Gehorsam, mit seinen europa- und weltimperialen Zielen, mit seiner Reduktion des Einzelnen auf seine Nützlichkeit und Verwertbarkeit für außerhalb seiner selbst liegende Zwecke, mit seiner eingepassten Mittelverwendung im Dienst der so genannten Natur- und Geschichtsordnungen von Rasse, Volk und Staat, mit der konsequenten Enteignung des Privaten zugunsten des organisierten Öffentlichen – dieses und vieles andere mehr in Theorie und Praxis war für die Kreisauer geschichtlich gesehen der Höhepunkt der neuzeitlichen Säkularisierung als Emanzipationsprozess von europäisch-christlicher Tradition in Religion, Kultur und praktischer Ethik. Diese säkularistische Epoche hatte sich für sie auf der Ebene des Realpolitischen entlarvt als das, was sie war: Irrtum und Lüge mit den ihnen eigenen Tendenzen zu angewandter Brutalität. Der Nationalsozialismus hatte mit der ihm gegebenen Rücksichtslosigkeit durchgespielt, was am Ende seines Kampfes gegen die jüdisch-christliche Tradition und das europäisch-humanistische Erbe stand: ein sich ständig selbst radikalisierender Nihilismus. Mit dem Ende des Nationalsozialismus stand gleichzeitig mit zur kritischen Debatte die neuzeitliche Epoche, die ihn ermöglicht hatte. Die Zeit des Nationalsozialismus war für die Kreisauer nicht eine zeitweilige totalitäre Zwischenphase, sondern Indiz für Grundirrtümer und Verfehlungen einer religiösen und geistigen Entwicklung seit der Reformation.

Hier stimmen überraschend der Protestant Moltke und der Katholik Delp überein. Moltke hat vor seiner Bekanntschaft mit Delp in seiner Denkschrift „Ausgangslage, Ziele und Aufgaben" (Br. 1, 150ff) diese Epochenanalyse gegeben: im Spätmittelalter, in der Renaissance und Reformation zerfällt die Einheit der europäischen Welt. Einzelne souveräne Staaten binden den Menschen an ihre Zwecke und Ziele. Das Ergebnis ist der Raub der Freiheit des einzelnen. Der Staat lebt allein durch seine Organisation und „Der einzelne hat in der Organisation stets nur eine solche Stellung, die ihn nicht zum Gefühl einer Verantwortung für das ganze gelangen lässt."

Bei Delp findet sich diese Analyse: Luther hat den europäischen Menschen vom Mutterboden der Kirche losgerissen und die „Leidenschaft der subjektiven Religiosität" entfacht. Und Kant radikalisierte Luther mit seinem Ideal des „absoluten Menschen". Der „Lebensmittelpunkt" des neuzeitlichen Menschen ging verloren. Die Welt bekam eine „egoistische und possessive Struktur". Vereinzelung der Menschen kennzeichnet das aufkommende bürgerliche Zeitalter mit seinem Ökonomismus, Materialismus, Liberalismus und Atheismus. Der Mensch konzentriert sich auf sich selbst und verliert sich an die „Symbole und Ideale" eines egoistischen Besitz- und Machtstrebens. Er betreibt seine innerweltliche „Selbstverwirklichung" auf Kosten anderer durch Ausbeutung und Unterdrückung.

Es ist Delps These, daß der Nationalsozialismus der Abschluß des Auszuges der neuzeitlichen Emanzipationsbewegungen aus dem mittelalterlichen Ordo ist. Er, der Nationalsozialismus, realisiert und symbolisiert das totale Scheitern dieser Epoche, die sich

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DEUTSCHLAND, BERLIN
GÜNTER BRAKELMANN

Juli 2007

www.kas.de

nun flüchtet in den Kollektivismus als „unorganische Masse“ und in einen dunklen „Heroismus“, der aber nichts anderes ist als Nihilismus.

Durch alle Schriften Delps zieht sich diese radikale Zeitkritik hindurch. Ähnlich ist es bei Moltke. Beide ziehen die gleiche Konsequenz: die Überwindung der neuzeitlichen Misere mit ihrem Endpunkt der NS-Diktatur muß zunächst beim einzelnen Menschen einsetzen. Jede strukturelle Neuordnung auf politischem, gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiet muß beginnen mit einer radikal-schöpferischen Neubesinnung auf den christlichen Glauben mit der ihm implizierten Anthropologie und Ethik. Ohne diese Bewußtseinsrevolution kann es keinen neuen gerechten Staat und keine gerechte Gesellschaft geben.

Auf dem Hintergrund dieser in ihrem Schrifttum bezeugten geistesgeschichtlichen Analyse ihrer Epoche kann nicht erwartet werden, dass die Kreisauer an revisionistische Spielchen für die Zukunft und an freundliche Kompromisse mit den traditionellen Bildungs- und Besitzeliten dachten, sondern leidenschaftlich interessiert waren an einer revolutionär wurzelhaften Überwindung des Überkommenen, das die Saat für die Katastrophe abgegeben hatte.

Es gab in Deutschland viele, die gegen die exzessive Politik des Reichskanzlers und Führers waren, aber mit Teilen seiner politischen Intentionen, Deutschland zum Machtzentrum Europas zu machen, sympathisierten. Deutschland zur landimperialen und seeimperialen Weltmacht auszubauen, Deutschland nach Osten hin durch Annexionen und Eingliederungen zu vergrößern, Deutschland zum Endkampf mit dem Todfeind Bolschewismus hochzurüsten und auf die passende Gelegenheit zum Unterdrückungs- und Eroberungskrieg zu warten – das entsprach weithin den politischen Zielbildern traditioneller gesellschaftlicher und militärischer Eliten. Die Kreisauer kannten diesen Geist deutscher Eliten im Staatsdienst, in den Schulen und auf den Universitäten, in der Wirtschaft und bei den Militärs. Hitler hatte es verstanden, diese nationalistischen Kreise für sich zu engagieren. Gegen dieses Syndrom der Kombattantenschaft von alten und neuen Eliten gab es von Anfang an für Moltke und seine Freunde vier große strategische Ziele: das Ende der Machtpolitik, das Ende des Nationalismus, das Ende des Rassegedankens, das Ende der Gewalt des Staats über den Einzelnen. Mit diesen Zielen stand man nicht nur gegen den Nationalsozialismus, sondern gleichzeitig gegen eine wirkmächtige Tradition älterer Herkunft. Es ging den Kreisauern nicht um ein Mehr oder Weniger von allem, sondern um eine alternative Welt ohne Militarismus, ohne Totalitarismus, ohne Rassismus und ohne völkisch-nationalistischen Imperialismus.

Um das aber real zu erreichen, bedurfte es nach ihrer Überzeugung einer vorauslaufenden und mitlaufenden geistig-religiösen Revolution. Delp konstatiert:

> „Im Unterschied zu früheren Zeiten stammen die chaotischen Zustände der gegenwärtigen Tage viel weniger aus einem Versagen konkreter Verfassungen und Anordnungen als aus der Verkennung und Missachtung der ewigen Gesetze und Ordnungen und der daraus folgenden Verwirrung der Geister und Verwüstung des gesunden sittlichen Empfindens. Eine echte Erneuerung fordert also nicht nur Neuordnung der Einrichtungen des politischen, des sozialen und kulturellen Lebens, sondern vor allem auch die Rückbindung (religio) der irdischen Lebensbereiche an die ewigen Wahrheiten und Gesetze.“

Ähnlich Moltke:

> „In dem einzelnen muss das Gefühl der inneren Gebundenheit an Werte, die nicht von dieser Welt sind, wieder erweckt werden, welches alleine ermöglicht, ihm die Freiheit wiederzugeben; dadurch wird der einzelne ein Gefühl der Verantwortung wiederbekommen…“

Alle Kreisauer haben von 1941 bis 1945 eigene religiöse Entwicklungen durchlaufen. In den Widerfahrnissen ihrer Zeit als Leidenszeit konnten sie nicht mehr in den Kategorien eines unverbindlichen Kulturchristentums denken, sondern erkannten die Notwendigkeit einer eigenen Glaubensentscheidung als Voraussetzung der Erkenntnis des eigenen Lebenssinnes in einer Zeit der Abwesenheit von Menschlichkeit und Mitmenschlichkeit. Religion, gelebt als eigene Religiosität, war für sie nicht mehr ein pri-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DEUTSCHLAND, BERLIN
GÜNTER BRAKELMANN

Juli 2007

www.kas.de

vates Segment von Wirklichkeit, sondern wurde zum Zentrum ihres wachen Bewusstseins, von dem her sie die politischen Zukunftsprobleme angingen. Der sonntägliche Gottesdienst, das tägliche Lesen von biblischen Texten oder von theologischen Grundschriften begleitete ihre politische Arbeit im Widerstand. Er wurde immer mehr Widerstand aus Glauben. Was konnte man denn ernsthaft dem Unglauben, dem Irrglauben, dem Aberglauben und Widerglauben einer politischen Pseudoreligion entgegensetzen als den Glauben an den Gott der jüdisch-christlichen Tradition, nachlesbar in den beiden Testamenten, bekannt und interpretiert in Bekenntnisschriften und in schriftgebundenen Predigten? Vor allem die Passionsgeschichte Jesu konnte ohne große theologische Theoriebildung als ein Text gelesen werden, der unmittelbar das eigene und gemeinsame Leiden unter den Bedingungen einer entmenschten Gegenwart interpretierte. Das Kreuz war nicht mehr ein ästhetisches Kultursymbol, sondern ein Zeichen für die weitergehende Kreuzigung der Menschen als Kinder Gottes. „Hölle“ war nicht mehr das Produkt religiöser Phantasie, sondern konnte als irdische Realität auf Schlachtfeldern, in Bombennächten, in Lagern und in Gefängnissen hautnah erlebt werden.

Überhaupt: Der gute Mensch der unaufgeklärten Aufklärung oder der heldische Mensch der Ideologie bereiteten sich selbst durch ihre Taten das Gericht über ihre anthropologische Harmlosigkeit oder über ihren oberflächlichen Lebenskult. Wer seine eigene Zeit so als Zusammenbruch erlebte, konnte nicht mit einigen schnell hingeworfenen programmatischen Sätzen oder voluntaristischen Strichen die neue, die andere Welt fordern und beschreiben, sondern musste auf eine personale und gemeinsame Umkehr des menschlichen und sozialen Selbstverständnisses dringen, um ein neues Gemeinwesen auf anderem Grund errichten zu können. Ein persönlich vollzogener Bewusstseinswechsel wurde zur Voraussetzung anderer, neuer Zustände. Oder anders: Der Aufbau eines anderen Deutschland musste verschränkt werden mit einer Neuorientierung der Gewissen. Die geistig-moralische Katastrophe, sichtbar geworden in der Zerstörung von Menschenleben und Kulturgütern, konnte die Chance bedeuten, aus dem selbst und mitverschuldeten Tod in eine neue Lebensordnung zu kommen. Hass und Lüge als die Trabanten des aggressiven Nationalismus mussten überwunden werden, wenn es zum Neubau einer europäischen Völkergemeinschaft kommen sollte.

Die Kreisauer haben nicht nur über ein neues Deutschland nachgedacht, sondern immer zugleich die europäische Völker- und Staatenwelt mit gesehen. Ihr widerständiges wie ihr perspektivisches Denken war immer zugleich national wie europäisch. Die deutsche Katastrophe war für sie ebenso eine europäische Katastrophe. Für alle Europäer formulierten sie vier Bauelemente für ein humanes Gemeinwesen: die christliche Religion, die humanistische Bildung, die sozialistische Gesinnung und die historische Bindung. Dieses geistig-kulturelle Erbe, das gleichzeitig die Kriterien für die Zukunftsaufgaben umschrieb, sollte in jede nur denkbare zukünftige Gestaltung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft eingehen.

Waren Nationalismus und Imperialismus vom Geist eines nur sich selbst wollenden Geistes geprägt und getrieben, so gab es als Überwindung dieses Geistes nur die „verpflichtende Besinnung des Menschen auf die göttliche Ordnung“. (Br.1, 307) Diese Ordnung musste erkannt und anerkannt sein, wenn es zu einem anderen zwischenmenschlichen wie zwischenstaatlichen Verhalten in Frieden kommen sollte. Was aber heißt „Ordnung Gottes“? Moltke hatte in seiner Ausarbeitung „Über die Grundlagen der Staatslehre“ vom 20. Oktober 1940, also lange vor der Begegnung mit den Jesuiten formuliert:

> „… die ‚natürliche Ordnung’ lässt sich nicht definieren, sie lässt sich erkennen, und einzelne Wesensmerkmale lassen sich beschreiben. So gehört zur natürlichen Ordnung die körperliche und geistige Unversehrtheit des Menschen, Ehrfurcht vor allen anderen Menschen, vor deren geistiger und körperlicher Existenz, Ehrfurcht vor der belebten und unbelebten Natur. Es gehört dazu die Erkenntnis, dass der Grad der Freiheit verschieden sein muss je nach der Stellung des Menschen im Rahmen seiner Verantwortung …“ (Br.1, 138)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DEUTSCHLAND, BERLIN
GÜNTER BRAKELMANN

Juli 2007

www.kas.de

Im Innern muss der Staat so gestaltet sein, dass er der natürlichen Ordnung entspricht und dadurch nach außen hin friedensfähig wird. Die Bindungslosigkeit und die Macht der Technik können nur überwunden werden durch „tatkräftige Verwirklichung christlichen Lebensgutes".

Die Bindung des Menschen an sich selbst, an seine Triebe und Ziele der Selbstdurchsetzung oder kollektiver Durchsetzung war für die Kreisauer Bindungslosigkeit, da sie eines normativen Gegenübers entbehrte. Das Ergebnis war die Selbstanbetung und Selbstverherrlichung des heroischen Menschen in Weltanschauung, Dichtung und Gesang wie in seinen selbstherrlichen Taten. Diese autonome Anthropologie, der Kernschaden der NS-Ideologie, konnte nur durch eine an Gott, seine Gebote und Verheißungen gebundene Anthropologie, die sich der abhängigen Geschöpflichkeit und damit der Rechenschaftspflichtigkeit des Menschen bewusst blieb, überwunden werden.

Was Moltke hier tastend formuliert hat, entspricht dem, was Delp später als Vertreter und Anwalt des katholischen Naturrechtsdenkens unentwegt in den Kreisauer Freundeskreis eingebracht hat. In dem Neuordnungsentwurf der Jesuiten heißt es:

> „Wiederherstellung des Bewusstseins von naturgegebenen, vor jeder staatlichen und politischen Ordnung unabhängigen Menschenrechten, deren Beschneidung oder Vergewaltigung den Menschen zerstört und jedem gemeinschaftlichen Leben Sinn und Berechtigung nimmt."

Die politische Folge dieser Naturrechtsbezogenheit ist die „Liquidierung des totalen Rechtspositivismus und Rechtsutilitarismus." (Doss. 278)

Vor der göttlichen Naturrechtsordnung muss sich jedes positive Recht legitimieren. Aus dem Recht, das jedem Menschen als Gottes Geschöpf mitgegeben ist, entspringen die unantastbaren und jedem staatlichen Handeln vorgegebenen und unverfügbaren Menschenrechte.

Delp wusste natürlich (s. seine Abhandlung „Christ und Gegenwart" von 1939) um die Probleme, die durchschnittliche evangelische Theologie mit dem Naturrechtsdenken hatte. Er wusste um den Einfluß der Barthschen Theologie, die die traditionelle Problematik des Verhältnisses von Natur und Übernatur zugunsten der Dominanz des zweiten Artikels des Glaubensbekenntnisses ausblendete. Aber diese Diskussion musste Delp mit seinen Kreisauer Freunden nicht führen, da es unter ihnen nicht einen gab, der von der christozentrischen Offenbarungstheologie bestimmt war.

In drei Strategiepapieren vom Juli 1942 haben die Jesuiten ihre Positionen in die Augustgespräche 1942 mit den Protestanten und Sozialisten eingebracht. Es war Moltke, der nach den ersten Diskussionsrunden ihre Entwürfe thesenartig wiedergegeben hat.

Zum ersten Fragenkomplex „Was kann von der Kirche erwartet werden?" heißt es:

Die Kirche hat kein direktes politisches Mandat, aber sie ist mitverantwortlich für die „rechte Ordnung des Lebens":

> „Die rechte Ordnung des Lebens, auf deren Erhaltung und Gestaltung die Kirche verpflichtet ist, umfasst die Durchsetzung einer zweifachen Gruppe von göttlichen Setzungen. Die erste Gruppe beinhaltet das ius nativum der Kreatur (Naturrecht, die vorstaatlichen Rechte des einzelnen, der natürlichen Gemeinschaften, auch die eigenständigen und ursprünglichen Gesetze und Zuständigkeiten des Staates). Die zweite Gruppe umfasst die durch die Offenbarungsordnung über die naturrechtlichen Gegebenheiten hinausgehenden positiven göttlichen Gesetze und Wirklichkeiten (die übernatürliche Ordnung). Diese zweite Ordnung bedeutet in keiner Weise eine Schmä¬lerung oder Aufhebung des ius nativum, dessen Verwirklichung und Verteidigung eine echte Pflicht der Kirche bleibt." (Doss. 187f)

Die Grundsätze des ius nativum sind einzuhalten und die Grundsätze der übernatürlichen Ordnung dürfen nicht verletzt werden.

Und dann der entscheidende Passus:

> „Da die heute bestehende staatliche Ordnung das ius nativum aufhebt, wirkt jedes Eintreten der Kirche für das ius nativum unmittelbar politisch. Dies entbindet jedoch die Kirche nicht der Pflicht, folgerichtig, eindeutig und unbeirrt für die gottgesetzte Ordnung einzustehen. Die konkrete politische Möglichkeit der Kirche als solcher muss sich jedoch beschränken auf die Proklamierung des ius nativum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DEUTSCHLAND, BERLIN
GÜNTER BRAKELMANN

Juli 2007

www.kas.de

und auf die Erweckung der Menschen zur Bereitschaft und Willigkeit, eine diesen Urgesetzen entsprechende konkrete Ordnung zu schaffen." (Doss. 188)

Die Kirche hat also hier in der Welt des Historisch-Politischen als zentrale Aufgabe die Verteidigung des Menschen als Menschen. Sie hat die Pflicht zur Verkündigung des ius nativum. Dadurch erweckt sie Menschen zur tätigen Mitverantwortung für eine „echte Lebensordnung". (Doss 191)

Die von Delp und König vertretene und von Moltke akzeptierte Naturrechtsauffassung wurde zur philosophisch-politischen Basis des gemeinsamen Kampfes der Kreisauer gegen den Nationalsozialismus sowohl in seinen weltanschaulichen Begründungen wie in seiner rechtlichen und politischen Praxis. Die Inhalte des ius nativum und die Gebote Gottes, wie sie im Dekalog grundgelegt sind, in ordnungspolitische Gegenpraxis zu bringen, bestimmen als Fundament die Neuordnungspläne der Kreisauer.

Aus der frei eingegangenen Bindung des Menschen an ein normativ verstandenes Naturrecht und an Gottes Gebote und Angebote ergibt sich nun für das praktisch-politische Handeln ein Kanon von notwendigem Regierungshandeln in der Zukunft:

1. „Das zertretene Recht muss wieder aufgerichtet werden und zur Herrschaft über alle Ordnungen des menschlichen Lebens gebracht werden. Unter dem Schutz gewissenhafter, unabhängiger und von Menschenfurcht freier Richter ist es Grundlage für alle zukünftige Friedensgestaltung." (Br.1, 307)

Das von Fall zu Fall und von Situation zu Situation kodifizierte und praktizierte NS-Recht war ein von weltanschaulichen Voraussetzungen wie von politischen Tagesinteressen geleitetes Recht. Die personalen und sozialen Grundrechte waren zugunsten eines völkisch-rassischen Handlungskanons aufgehoben worden. Die NS-Richter waren Exekutoren eines Gewaltrechts, ihre Unabhängigkeit war auf kleine privatrechtliche Bereiche zusammengeschrumpft. Dieser Rechtsverzerrung gegenüber stand die Alternative: Unabhängige Gerichte und Richter sollen die Voraussetzung für eine neue Rechtskultur werden.

2. „Die Glaubens- und Gewissensfreiheit wird gewährleistet. Bestehende Gesetze und Anordnungen, die gegen diese Grundsätze verstoßen, werden sofort aufgehoben." (Br.1, 307)

Dies zu fordern, bedeutete praktisch, dem Totalitarismus die Fundamente aus Gehorsam und Zwang zu nehmen. Der Todfeind einer die Gewissen formenden Weltanschauung, die einen absoluten Wahrheitsanspruch stellt, ist die Glaubens- und Gewissensfreiheit des Einzelnen, der selbstverantwortlich bestimmt, was er glaubt und denkt.

Für Delp ist die Gewissensfreiheit ein gottverliehenes Naturrecht. Sie ist die Kontrollinstanz und die Grenze für alles staatliches Handeln. Es ist konsequent, wenn der nächste Grundsatz heißt:

3. „Brechung des totalitären Gewissenszwangs und Anerkennung der unverletzlichen Würde der menschlichen Person als Grundlage der zu erstrebenden Rechts- und Friedensordnung. Jedermann wirkt in voller Verantwortung an den verschiedenen sozialen, politischen und internationalen Lebensbereichen mit. Das Recht auf Arbeit und Eigentum steht ohne Ansehen der Rassen-, Volks- und Glaubenszugehörigkeit unter öffentlichem Schutz." (Br.1, 307)

Zentral ist wieder die Anerkennung der unverletzlichen Würde der menschlichen Person als Grundlage der zu errichtenden Rechts- und Friedensordnung. Aus dieser alles andere bestimmenden Grundnorm werden sofort wichtige Zielbestimmungen abgeleitet: verantwortliche Mitwirkung in allen Lebensbereichen, Einübung des Prinzips und der Praxis von Partizipationen an allen zu gestaltenden Lebensprozessen als unmittelbar erlebbarer Überwindung von befohlenen Objektstellungen in einem geschlossenen System. Diesen Aufgaben entsprechen die beiden Rechte auf Arbeit und Eigentum. Sie konkretisieren, was der Mensch für sein tägliches Leben nötig hat.

Hier schlägt natürlich wieder das Herz des katholischen Anthropologen und Sozialtheologen. Der Mensch als Person spielt sein Personsein durch in Akten konkreter Mitverantwortung auf allen Ebenen der e i n e n Wirklichkeit. Der Mensch muss tätiges Subjekt sein können in allen unmittelbaren zwi-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DEUTSCHLAND, BERLIN
GÜNTER BRAKELMANN

Juli 2007

www.kas.de

schenmenschlichen Beziehungen und in allen gesellschaftlichen Strukturen.

Auch hier ist wieder zu beachten, gegen welche anderen Wirklichkeiten diese Sätze formuliert sind. Die Hoheitsrechte des Staats dominierten im NS-System über die Rechte des Einzelnen, für den eine funktionale Mittelverwendung tägliche Erfahrung war. Teilhabe im System war befohlene Eingliederung in autoritär gestaltete Lebensprozesse. Vollwertiges Glied in der Arbeitsorganisation war nur der Deutsche arischer Abstammung, die anderen wurden als Fremd- und Zwangsarbeiter behandelt. Nichtarier waren nicht eigentums- und erbfähig. Anders zu sein und anderes zu glauben, als die NS-Weltanschauung es befahl, waren Gründe zur Ausgrenzung aus der Rechtsgemeinschaft.

Diesem bewusst gewollten und mit Anwendung von Zwang durchgesetzten Ungleichheitssystem das Prinzip der Menschenwürde und der Rechtsgleichheit entgegenzusetzen, bedeutete in der Tat eine revolutionäre Wende aus einer Zeit der Destruktion des Menschen zu Möglichkeiten seiner Befreiung zur menschenwürdigen Mündigkeit.

Delp hat an vielen Stellen seines Schrifttums die revolutionären Konsequenzen seines Personalismus, seines anthropozentrischen Ansatzes aufgezeigt. Aber da für sein Personbegriff die Tatsache einer ursprünglichen Verschränkung mit dem Du des Anderen und dem Ihr der Anderen fundamental war, gehörten die Sozialpflichtigkeit und Solidarität als Mitverantwortung für alle und für alles ebenso konstitutiv zu seinem Verständnis des Menschen als einer Person in zwischen- und mitmenschlicher Gemeinschaft. Die Einübung in diese Doppelstruktur des e i n e n Menschen begann für ihn in der Familie. Deshalb konnte er den vierten Grundsatz mitformulieren:

4. „Die Grundeinheit friedlichen Zusammenlebens ist die Familie. Sie steht unter öffentlichem Schutz, der neben der Erziehung auch die äußeren Lebensgüter: Nahrung, Kleidung, Wohnung, Garten und Gesundheit sichern soll.“ (Br.1, 307)

Wenn die Familie der Zukunft unter öffentlichem Schutz stehen soll, so sollen ihr die natürlichen Grundfunktionen in der Aufzucht und Erziehung von Kindern zurückgegeben werden. Die Eltern verantworten die Inhalte der Erziehung der Kinder nach Kriterien, die sie bestimmen. Der Zugriff des Staats auf die Kinder findet sein Ende am Ursprungsrecht der Eltern, ihre Kinder im Sinne ihrer Wertvorstellungen zu erziehen, und an ihrer gleichzeitigen Pflicht, für ihr materielles Wohl zu sorgen. Dass Kinder nicht Eigentum des Staats sind, sondern, bis sie ein eigenverantwortliches Leben führen können, ihren Lebensraum in einer Familie haben und vorrangig dort ihre Charaktere bilden, wurde zu einer Aussage, mit der das NS-Erziehungssystem in sich selbst zusammengefallen wäre.

Es ist nicht zu übersehen, dass sich hier das katholische Elternrecht voll ausformulieren konnte. Diese Familienauffassung durchbrach wie das Postulat der Gewissensfreiheit das NS-System in Praxis und Theorie. Die naturrechtlichen Explikationen legten die Axt an seine Wurzeln.

- Hier sei schon gesagt, daß die Verständigung über die Tatsache und die Inhalte von Naturrechten die große Klammer zwischen den Katholiken, Protestanten und Sozialisten im Kreisauer Kreis wurden. Diese Rückbesinnung auf die kirchliche Naturrechtslehre war nicht verbunden mit einer bestimmten konfessionellen Dogmatik. Dogmatisch hätte man sich nie über die Christologie und Ekklesiologie einigen können, aber naturrechtliche Argumentationen konnten in sich selbst Plausibilitäten haben, die jede geschichtliche Erfahrung und kritische Vernunft akzeptieren konnten. –

Von ähnlicher Plausibilität war der 5. Grundsatz:

5. „Die Arbeit muss so gestaltet werden, dass sie die persönliche Verantwortungsfreudigkeit fördert und nicht verkümmern lässt. Neben der Gestaltung der materiellen Arbeitsbedingungen und fortbildender Berufsschulung gehört dazu eine wirksame Mitverantwortung eines jeden an dem Betrieb und darüber hinaus an dem allgemeinen Wirtschaftszusammenhang, zu dem seine Arbeit beiträgt. Hierdurch soll er

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DEUTSCHLAND, BERLIN
GÜNTER BRAKELMANN

Juli 2007

www.kas.de

> am Wachstum einer gesunden und dauerhaften Lebensordnung mitwirken, in der der Einzelne, seine Familie und die Gemeinschaften in ausgeglichenen Wirtschaftsräumen ihre organische Entfaltung finden können. Die Wirtschaftsführung muss diese Grunderfordernisse gewährleisten." (Br.1, 307f.)

Gefordert werden Mitverantwortung im Betrieb und außerbetriebliche Mitwirkung an einer sinnvollen Wirtschaftsordnung. Diese und andere Forderungen hatten Trotha und Einsiedel in Übereinstimmung mit Moltke schon in ihrer Denkschrift von Juli 1941 „Gestaltungsaufgaben in der Wirtschaft" entfaltet. Hier nun formulieren die Kreisauer noch einmal ihr Grundziel, nicht nur den mündigen Staatsbürger, sondern gleichzeitig den mitbestimmenden Wirtschaftsbürger zu wollen. Staat, Gesellschaft und Wirtschaft sind keine voneinander unabhängigen Wirklichkeitsräume mit jeweils anderen Handlungskriterien, sondern bilden in ihren Verschränkungen die eine Wirklichkeit, die in all ihren Segmenten nach dem gleichen Prinzip verantwortlicher Teilhabe zu gestalten ist. Mögen die Formen und Strukturen sich unter dem Kriterium der jeweiligen Sachgerechtigkeit anders ausprägen müssen, aber der Geist, der alles bestimmt, muss der gleiche sein: der Geist der Humanität.

Es wäre ein leichtes, hier Delps Engagement für die Aussagen in „Quadragesimo anno" über „Kapital und Arbeit" nachzuweisen. Über diesen Komplex bestanden große Übereinstimmungen zwischen Delp und den Wirtschaftsfachleuten der Kreisauer Trotha, Einsiedel und Gablentz sowie mit Moltke. Ihre vor dem Beitritt Delps zum Kreisauer Kreis entworfenen wirtschaftspolitischen Entwürfe konnte Delp seinerseits als mit der katholischen Wirtschaftslehre kompatible Ausarbeitung akzeptieren. Sie trafen sich in der anthropologischen und ethischen Ablehnung des Geistes, der die liberal-kapitalistische Wirtschaftsdoktrin westlichen Typs fundierte und in der ebenso eindeutigen Ablehnung der staatssozialistischen Planwirtschaft östlichen Typs. Die später von Ernst Kessler rekonstruierte Abhandlung von Delp mit der Überschrift „Jenseits von Kapitalismus und Marxismus" liegt von Anfang an in der Trend- und Ziellinie des Kreisauer Kreises. Hier ist Delp der Verstärker und Interpret eines gemeinsamen Ringens um einen „dritten Weg".

Eine ähnliche, unanhängig voneinander entstandene Geistesverwandtschaft formuliert sich im 6. Grundsatz:

> „Die persönliche politische Verantwortung eines jeden erfordert seine mitbestimmende Beteiligung an der neu zu belebenden Selbstverwaltung der kleinen und überschaubaren Gemeinschaften. In ihnen verwurzelt und bewährt, muss seine Mitbestimmung im Staat und in der Völkergemeinschaft durch selbst gewählte Vertreter gesichert und so die lebendige Überzeugung der Mitverantwortung für das politische Gesamtgeschehen vermittelt werden. (Br.1, 308)

Die Einübung in ein partizipatives politisches, gesellschaftliches und ökonomisches Gesamt¬system beginnt dort, wo man lebt und arbeitet. Das unmittelbare Lebensumfeld bietet mit seinen „kleinen Gemeinschaften", wie sie Moltke in seiner ersten Denkschrift beschrieben hatte, Möglichkeiten des persönlichen und gemeinsamen Engagements in alltäglichen Aufgaben. Mitarbeit vor Ort ist das Fundament der Mitverantwortung für die sich in konzentrischen Kreisen erweiternden größeren Einheiten. Die Wahl selbst bestimmter Vertreter ist die Form, Einfluss auf die Inhalte und Strukturen der Entscheidungen der Oberorgane zu nehmen. Dieses System aus unmittelbarer Mitwirkung und repräsentativer Mitbestimmung fördert das Bewusstsein, mitverantwortliches und tätiges Subjekt im Ganzen und für das Ganze zu sein. Als innerer Kompass im Denken der Kreisauer erweist sich wieder die Polarität von personaler Freiheit und solidarischer Verantwortung. Dies ist wieder ökumenischer und freiheitlich-sozialistischer Konsens im Kreisauer Freundeskreis.

Der siebte Grundsatz der Neuordnung schlägt den weitesten politischen Bogen:

> 7. „Die besondere Verantwortung und Treue, die jeder Einzelne seinem nationalen Ursprung, seiner Sprache, der geistigen und geschichtlichen Überlieferung seines Volkes schuldet, muss geachtet und geschützt werden. Sie darf jedoch nicht zur politischen Machtzusammenballung, zur Herab¬würdigung, Verfolgung oder Unterdrückung frem-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DEUTSCHLAND, BERLIN
GÜNTER BRAKELMANN

Juli 2007

www.kas.de

> den Volkstums missbraucht werden. Die freie und friedliche Entfaltung nationaler Kultur ist mit der Aufrechterhaltung absoluter einzelstaatlicher Souveränität nicht mehr zu vereinbaren. Der Friede erfordert die Schaffung einer die einzelnen Staaten umfassenden Ordnung. Sobald die freie Zustimmung aller beteiligten Völker gewährleistet ist, muss den Trägern dieser Ordnung das Recht zustehen, auch von jedem Einzelnen Gehorsam, Ehrfurcht, notfalls auch den Einsatz von Leben und Eigentum für die höchste politische Autorität der Völkergemeinschaft zu fordern." (Br.1, 308)

Dass die Kreisauer Grundsätze im Zentrum ihres Denkens nicht ein abstraktes Individuum ohne Bezug zur Geschichte haben, zeigt die Betonung der kulturellen Traditionen für die Grundlegung der neuen Ordnung. Geschichtlich traditionelle Werte und revolutionäre Intentionen werden hier miteinander verschränkt. Es wird keine neue Welt in utopischen Farben gemalt, sondern gelungene deutsche und christliche Traditionen sollen in das Notwendig-Neue einfließen. In kritischer Beerbung der besten Traditionen sollen ein neues Staatswesen und ein neues Gesellschaftssystem geschaffen werden. Das Ja zur eigenen Herkunft kann aber nicht verbunden werden mit dem politischen Ziel der Beherrschung anderer Völker und Kulturen. Im Gegensatz zum traditionellen Kulturimperialismus ist eine politische Plattform zu schaffen, die eine friedliche Entfaltung nationaler Kulturformen als Bereicherung für alle ermöglicht. Dies aber bedeutet die Schaffung einer europäischen Ordnung, die für alle Einzelstaaten verpflichtend sein muss. Es genügt den Kreisauern nicht, eine lockere Föderation europäischer Nationalstaaten zu schaffen, die in Konfliktfällen auseinander bricht, sondern die in der Lage ist, von den Menschen Gehorsam und Opferbereitschaft einzufordern, wenn die politische Situation es gebietet. Das bedeutet, dass dieses Europa Staatscharakter haben muss, um bei Gefährdungen seiner Existenz politisch und militärisch handlungsfähig zu sein.

Besonders Delp hat in Übereinstimmung mit König immer wieder auf die Bedeutsamkeit von Nation, Volk und Volkstum hingewiesen. Er sprach von der „Tugend der sozialen Liebe", die sich als „Vaterlandsliebe" für das Gemeinwohl einsetzt. Als notwendige Ergänzung hat er auch an den Reflexionen über den Zusammenhang von Außen- und Innenpolitik wie an den Europakonzepten mitgearbeitet.

Die Jesuiten sahen schon früh (an der Wende 1942/43), dass sich nach dem Krieg die Mächte des Ostens und des Westens gegenüberstehen. Sie formulierten eine Gegenstrategie:

> „Demgegenüber liegt Rettung und geschichtliche Berufung Europas darin, dieser ka¬tastrophalen Entwicklung durch Schaffung eines echten Friedensblocks entgegen zu treten, der die Auseinandersetzung zwischen Osten und Westen – Revolution und Restauration – durch eine eigenständige soziale, wirtschaftliche und politische Neugestaltung überwindet. Die aufrichtige und rechtzeitige Beteiligung Deutschlands an dieser Lösung bietet einen klaren Ausweg aus seinem sonst hoffnungslosen moralischen und geschichtlichen Niedergang." (Doss. 249f)

Es folgen in dem Text „Zur Befriedung Europas" detaillierte Ausführungen über den Westen, Osten und Deutschland, über europäische Friedensvoraussetzungen und über den gesamteuropäischen Frieden. Es fehlen auch nicht Vorschläge zur europäischen Verfassung und Reflexionen über die „Grundlagen einer Außenpolitik für die Nachkriegszeit" und über eine europäische Wirtschaftsordnung.

In der Literatur wird in der Regel Moltke als der Motor der europäischen Einigungsgedanken genannt. Neben ihm und mit ihm sind aber sofort die Jesuiten zu nennen, die ihrerseits auch viel mit Adam von Trott diskutiert haben.

Man könnte noch eine Fülle von Tatsachen und Beobachtungen mitteilen, die die These verstärken könnten:

Der Protestant Moltke hat bis 1944 in einer in der deutschen Geschichte seltenen Gesinnungsgemeinschaft und politischen Partnerschaft mit Jesuiten gestanden. Sie haben exemplarisch durchgespielt, dass es in der NS-Zeit eine religiöse Ökumene und eine politische Zusammenarbeit zwischen Protestanten und Katholiken, ergänzt durch freiheitliche Sozialisten, gegeben hat, die bis-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DEUTSCHLAND, BERLIN
GÜNTER BRAKELMANN

Juli 2007

www.kas.de

lang in der deutschen Geschichte singulär waren.

Nimmt man die weiteren Kapitel über die Grundstruktur der Neuordnung (Reichsaufbau, Kirche, Kultur, Bildungswesen, Wirtschaft und die Weisungen an die Landesverweser) hinzu, so haben die Kreisauer mit dieser ihrer letzten größeren Ausarbeitung den Schritt von der Reflexion in die Vorbereitung praktischer Politik endgültig vollzogen. Sie haben sich mit ihren Mitteln auf den Tag des Umsturzes und auf die Tage nach dem Umsturz verantwortlich und intensiv vorbereitet. Den Umsturz selbst zu vollziehen, hatten sie nicht die Macht. Trotz vieler Enttäuschungen hofften sie immer noch auf die Initiative der militärischen Opposition. Sie hatten den von ihnen zu erwartenden Beitrag geleistet. Sie waren bereit und in der Lage, praktische Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Moltke hat seine konzeptionelle Mitarbeit für ein anderes Deutschland immer als die ihm mögliche und gleichzeitig notwendige Praxis verstanden. Den Begriff Theorie hat er nie verwendet. Reflexion auf Aktion hin war seine Leidenschaft. Spontaner Aktivismus und resignierende Kapitulation waren ihm fremd. Er war immer auf der geduldigen Suche nach einem disziplinierten Mittelweg zwischen praktischer Vernunft, moralischer Gebundenheit und langfristigen politischen Zielen. Die von ihm mitverantworteten Texte verraten seinen Willen zum Überschreiten des Gegebenen ebenso wie den Blick für das Mögliche. Er blieb auch in seinen Zukunftsentwürfen immer der kritische Realist. Innere Balance zwischen Hoffnung auf Gelingendes und der Möglichkeit des Scheiterns zu halten, verstand er als seine tägliche Aufgabe. Politischen Widerstand zu leisten, war ihm keine Freude. Es war ihm eine vom Gewissen angetriebene Pflicht, die ihn ins Risiko gehen ließ. Auch die Grundsatzarbeit betrieb er nicht aus wissenschaftlichen oder schöngeistigen Neigungen, sondern weil er verantwortlich und richtig handeln wollte. Die Texte der Kreisauer, die er mitgedacht und mitformuliert hat, sind von der Sprache her keine Aufrufe zu revolutionären Aktionen. Aber von ihren Inhalten her enthalten sie den Stoff für eine revolutionär zu verändernde Welt, die sich aber aus der vorgegebenen herausquälen muss. Die nichtrevolutionäre Revolution!

Bei allen seinen Entwürfen und Zielen befand Moltke sich besonders mit seinen Münchener Freunden in einer tiefen geistig-religiösen Übereinstimmung, wenn auch in einzelnen politischen Einschätzungen Unterschiede bestanden. Aber das war Kreisauer Stil: Übereinstimmung in den Begründungen und Zielen einer Neuordnung und Differenzen auf den Wegen zum Ziel. Letztere provozierten die nächste Phase in ihrem permanenten Dialog, der immer auf Konsensfindung angelegt war.

Vortrag anlässlich der Fachkonferenz "Vermächtnis und Verpflichtung - Zum 100. Geburtstag von Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Helmuth James Graf von Moltke und Pater Alfred Delp" am 21. Juni 2007 in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin